

Dear reader,

This is an author-produced version of an article published in *Kirchliche Zeitgeschichte* 26 (2013). It agrees with the manuscript submitted by the author for publication but does not include the final publisher's layout or pagination.

Original publication:

Pękala, Urszula

Wechselwirkungen von Religion und Politik beim Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965

in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 26 (2013), pp. 468–485

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2013

<https://doi.org/10.13109/kize.2013.26.2.468>

Access to the published version may require subscription.

Published in accordance with the policy of Vandenhoeck & Ruprecht: <https://www.vr-elibrary.de/self-archiving>

Your IxTheo team

Liebe*r Leser*in,

dies ist eine von dem/der Autor*in zur Verfügung gestellte Manuskriptversion eines Aufsatzes, der in *Kirchliche Zeitgeschichte* 26 (2013) erschienen ist. Der Text stimmt mit dem Manuskript überein, das der/die Autor*in zur Veröffentlichung eingereicht hat, enthält jedoch *nicht* das Layout des Verlags oder die endgültige Seitenzählung.

Originalpublikation:

Pękala, Urszula

Wechselwirkungen von Religion und Politik beim Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965

in: *Kirchliche Zeitgeschichte* 26 (2013), S. 468–485

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2013

<https://doi.org/10.13109/kize.2013.26.2.468>

Die Verlagsversion ist möglicherweise nur gegen Bezahlung zugänglich.

Diese Manuskriptversion wird im Einklang mit der Policy des Verlags Vandenhoeck & Ruprecht publiziert: <https://www.vr-elibrary.de/self-archiving>

Ihr IxTheo-Team

In: "Kirchliche Zeitgeschichte" 26 (2013), 2, S. 468-485.

Wechselwirkungen von Religion und Politik beim Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe 1965

Urszula Pękala

Einleitung

Im November 1965 wandten sich die polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder mit einem Brief, der folgende Botschaft enthielt: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“. Die deutschen Bischöfe antworteten drei Wochen später. Doch wurde ihre Antwort unter polnischen Katholiken und in einigen kirchlichen Kreisen in Deutschland als nicht weitreichend genug kritisiert. Direkt bewirkte der Briefwechsel keine große Veränderung in den gegenseitigen Beziehungen. Es scheint, dass die deutschen katholischen Bischöfe, im Vergleich zur evangelischen Kirchenleitung mit ihrer Ostdenkschrift vom Oktober 1965¹ und zum sozialdemokratischen Bundeskanzler Willy Brandt mit seinem Kniefall vor dem Warschauer Getto-Denkmal fast fünf Jahre später, kein Zeichen von vergleichbarer Symbolträchtigkeit gesetzt haben.²

Die Versöhnungsinitiative stieß gerade dort auf Schwierigkeiten, wo eine breite gemeinsame Basis für die Verständigung zu erwarten gewesen wäre. Offenbar waren es aber nicht religiöse, sondern vor allem politisch-gesellschaftliche Faktoren, die sich auf den Ausgang des Briefwechsels zwischen den Bischöfen ausgewirkt haben. In den Mittelpunkt rückte nämlich das Problem der 1945 festgelegten Oder-Neiße-Grenze. Der Grenzverlauf wurde 1950 im Görlitzer Abkommen durch die DDR und Volksrepublik Polen (VRP) anerkannt, in der BRD wurde sie jedoch noch immer als vorläufig angesehen, bis 1972 der Bundestag den Vertrag zwischen der BRD und VRP vom 1970 ratifizierte. Die Grenzfrage stellte ein Problem dar, an dem die durchaus komplexen Verflechtungen zwischen Kirche und Politik in den 1960ern deutlich zum Vorschein kamen.

Die Oder-Neiße-Grenze im Briefwechsel der Bischöfe

Die Verbindung politischer und religiöser Themen findet sich bereits im Inhalt des polnischen Briefes.³ Die Übergabe des Briefes erfolgte am Ende des Zweiten Vatikanischen

¹ Evangelische Kirche in Deutschland, Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn, in: Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.): Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Gütersloh 1978, 77-126.

² Vgl. Robert Żurek/Basil Kerski, Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen von 1965. Entstehungsgeschichte, historischer Kontext und unmittelbare Wirkung, in: Basil Kerski/Thomas Kycia/Robert Żurek (Hgg.), „Wir vergeben und bitten um Vergebung“. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung, Osnabrück 2006, 7-53; hier: 50.

³ Vgl. Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom 18. November 1965, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen bei der Begegnung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner und der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978, Bonn: Deutsche Bischofskonferenz 1978, 76-87.

Konzils aus Anlass der für das Jahr 1966 vorbereiteten Feierlichkeiten des tausendjährigen Jubiläums der Christianisierung Polens. Zu den Feierlichkeiten hatte der polnische Episkopat den Papst und die Bischöfe aus 56 Ländern eingeladen – darunter auch die aus den beiden deutschen Staaten.

In ihrem Brief verorten die Bischöfe Polen eindeutig in Europa (und nicht im Ostblock).⁴ Sie betonen dabei eine fruchtbare Nachbarschaft mit den Deutschen über Jahrhunderte hinweg; gleichwohl bleiben die Schattenseiten, wie etwa die Teilungen Polens, nicht verschwiegen.⁵ Die Bischöfe schildern dann kurz die „furchtbare Nacht“ der deutschen Besatzung in Polen während des Zweiten Weltkrieges. Die traumatischen Erfahrungen jener Zeit werden als Erklärung für die anhaltenden Misstrauen und Vorurteile der polnischen Gesellschaft gegenüber den Deutschen angeführt.⁶ Die Deutschen werden allerdings nicht ausschließlich als Täter, sondern auch als Opfer dargestellt.⁷

Im Zusammenhang mit den Kriegsfolgen sprechen die Bischöfe die Oder-Neiße-Grenze als das „heiße Eisen“ der deutsch-polnischen Nachbarschaft an, das die beiderseitigen Beziehungen besonders belastet. Hier brechen sie mit einem wichtigen Tabu der offiziellen kommunistischen Geschichtsschreibung und Deutschlandwahrnehmung. Die Bischöfe erwähnen das „Leid der Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Deutschen“, das „auf interalliierten Befehl der Siegermächte – Potsdam 1945! – geschehen“ ist.⁸ Dabei brechen sie auch das in der VRP verordnete Schweigen über den Verlust der polnischen Ostgebiete, die infolge des Hitler-Stalin-Pakts 1939 von den Sowjets angegriffen und letztlich 1945, mit Zustimmung anderer Großmächte, annektiert wurden. Dies resultierte in Deportationen von Millionen polnischer Bürger, die sich zum Teil auf den ehemaligen deutschen Gebieten angesiedelten. Die entscheidende Passage lautet:

„Für unser Vaterland, das aus dem Massenmorden nicht als Siegerstaat, sondern bis zum äußersten geschwächt hervorging, ist es eine Existenzfrage (keine Frage ‘größerer Lebensraumes’!); es sei denn, daß man ein über 30-Millionen-Volk in den engen Korridor eines ‘Generalgouvernements’ von 1939 bis 1945 hineinpressen wollte – ohne Westgebiete; aber auch ohne Ostgebiete, aus denen seit 1945 Millionen von polnischen Menschen in die ‘Potsdamer Westgebiete’ hinüber strömen mußten.“⁹

Diese Passage beinhaltet einen impliziten Appell – vor allem an die westdeutschen Bischöfe – um eine moralische Anerkennung der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze.

Im abschließenden Teil des Briefes befindet sich sein Kernsatz: Wir „gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“.¹⁰ Diese Formulierung ist eine aus dem christlichen Gebot der Nächsten- und Feindesliebe gezogene Konsequenz im Hinblick auf das im Brief geschilderte Verständnis von Geschichte und Erinnerung.

Die deutsche Antwort fällt wesentlich kürzer aus. Die Bischöfe drücken ihre Freude wegen der polnischen Dialogbereitschaft aus; sie würdigen die polnische Betonung der Bezüge zum christlichem Europa und Verehrung der hl. Hedwig, die Deutsche und Polen verbindet;

⁴ Vgl. Botschaft der poln. Bischöfe, aaO. (Anm. 3), 77 f.; 80-82.

⁵ Vgl. aaO., 79; 82 f.

⁶ Vgl. aaO., 83-84.

⁷ Vgl. aaO., 83,85.

⁸ AaO., 84.

⁹ AaO., 84 f.

¹⁰ AaO., 87.

anschließend bekunden sie ihrerseits die Bereitschaft, im gemeinsamen christlichen Glauben die Last der Geschichte zu überwinden.¹¹

Der Brief beinhaltet auch ein Geständnis in Bezug auf den Krieg: „Furchtbares ist von Deutschen und im Namen des deutschen Volkes dem polnischen Volke angetan worden. [...] Wir verstehen, daß die Zeit der deutschen Besatzung eine brennende Wunde hinterlassen hat, die auch bei gutem Willen schwer heilt.“¹² Vor diesem Hintergrund würdigen es die deutschen Bischöfe, dass die polnischen Bischöfe, trotz millionenfacher polnischer Opfer, sich auch an die deutschen Opfer, Vertriebene und Widerstandskämpfer erinnern. Sie äußern ihrerseits eine Bitte um Vergebung.¹³ Sie formulieren allerdings keinen Satz, der einen Vergebungswillen ihrerseits so eindeutig, wie im Falle des polnischen Briefes, ausdrücken würde. Dafür betonen sie: „Eine Aufrechnung von Schuld und Unrecht – darin sind wir einer Meinung – kann uns freilich nicht weiterhelfen.“¹⁴ Nach dieser Äußerung folgt dann eine Passage zum allgemeinen christlichen Verständnis von Versöhnung.¹⁵

Die Grenzverschiebung von 1945 platzieren die deutschen Bischöfe im Kontext der „bitteren Folgen des von Deutschland begonnenen und verlorenen Krieges“¹⁶. Dann aber betonen sie das „Recht auf Heimat“ und fügen in Bezug auf die zum Polen eingegliederten ehemaligen deutschen Gebiete hinzu: „Dabei ist ihnen [d.h. den Vertriebenen – U.P.] bewußt, daß dort jetzt eine junge Generation heranwächst, die das Land, das ihren Vätern zugewiesen wurde, ebenfalls als ihre Heimat betrachtet.“¹⁷ Die Formulierung scheint sorgfältig gewählt zu sein: Es wird nirgendwo festgestellt, diese ehemaligen deutschen Gebiete *seien* nun für die dort lebenden Polen eine Heimat – sie würden nur von ihnen als solche *betrachtet*. Anschließend folgt die Äußerung der Hoffnung, die christliche Liebe werde zur Findung „einer nach allen Seiten befriedigenden und gerechten Lösung“ beitragen.¹⁸ Die deutschen Bischöfe ergreifen in der Grenzfrage keine Partei. Dafür verschieben sie die Lösung des Problems auf Gott, der – so hoffen sie – den beiden Völkern in der Zukunft einen Ausweg zeigen werde, unter der Bedingung allerdings, dass beide Seiten ihren guten Willen beweisen.¹⁹ Dabei ist es klar, dass es in der Grenzfrage eine für alle Seiten befriedigende Lösung nicht gibt. Gerade deswegen aber machten die polnischen Bischöfe die Grenzfrage zum Thema der Versöhnung.

Kirchlicher und gesellschaftlich-politischer Kontext des Briefwechsels

Die gegenseitige Wahrnehmung der Deutschen und der Polen wirkte sich auf die Haltung der Bischöfe aus und spiegelte sich in den Reaktionen, nachdem die beiden Briefe der deutschen und polnischen Öffentlichkeit bekannt geworden waren. Darin bestand eine weitere – neben den im Inhalt des Briefwechsels direkt angesprochenen politischen Sachverhalten –

¹¹ Vgl. Antwortschreiben der deutschen Bischöfe an die polnischen Bischöfe vom 5. Dezember 1965, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation, aaO. (Anm 3), 88-92; hier: 88 f.

¹² AaO., 89.

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ AaO., 89-90.

¹⁶ AaO., 90.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Vgl. aaO. 91.

Verknüpfung zwischen dem Briefwechsel und seinem kirchlichen als auch gesellschaftlich-politischen Kontext.

In Polen war man nach 1945 zum größten Teil von der Kollektivschuld der Deutschen überzeugt; die deutschen Katholiken hielt man für Feiglinge und Mitläufer des NS-Regimes.²⁰ Die kommunistische Propaganda erhitze die antideutschen Phobien, um damit die Notwendigkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion als den einzigen sicheren Schutz vor dem westdeutschen – wie es hieß – Militarismus und Grenzrevisionismus, zu begründen.

Die Westdeutschen interessierten sich generell nicht für Polen und wussten wenig über das Land.²¹ Die deutschen Kriegsverbrechen in Polen waren in den ersten Nachkriegsjahren kein Thema, die Bischöfe verurteilten aber nachdrücklich die Vertreibungen der Ostdeutschen, ohne die aus dem Osten vertriebenen Polen zu erwähnen. Man erklärte die führenden Nazis für verantwortlich für den Krieg. In Deutschland setzte sich langsam ein Bild der katholischen Kirche durch als Opfer des Nationalsozialismus und als Ort des Widerstands gegen diesen. Einen erheblichen Einfluss auf die westdeutsche Beziehung zu Polen hatten auch die Vertriebenen. Vor diesem Hintergrund hielten viele Deutschen vor allem sich selbst für Opfer.²² Die Westdeutschen assoziierten mit Polen ein kommunistisches Land, „ohne sich die durch Jalta geschaffenen und von großen Teilen der polnischen Gesellschaft abgelehnten Prämissen der sowjetischen Herrschaft über Ostmitteleuropa bewusst zu sein.“²³

Mitte der 1950er Jahre verbesserte sich das Bild Polens, da die Aufmerksamkeit der westdeutschen Öffentlichkeit durch den blutig niedergeschlagenen Arbeiteraufstand in Posen 1956 und durch die Verfolgung der katholischen Kirche durch das kommunistische Regime geweckt wurde. Ab Ende der 1950er Jahre gab es zwar Kontakte und Versöhnungsinitiativen zwischen den deutschen und polnischen Christen, allerdings ohne eine große Wirkung auf die Gesellschaft. Den ersten mutigen Schritt seitens der deutschen katholischen Hierarchie machte der damalige Berliner Bischof Julius Döpfner mit seiner Predigt am Fest der hl. Hedwig von Schlesien im Oktober 1960. Er thematisierte die deutschen Verbrechen an Polen und ihre Folgen und betonte anschließend: „Wehe dem deutschen Volk, wenn es die Augen vor den Ursachen dieser Heimsuchung verschlösse, wenn es vergäße, daß wir solches Unrecht zu sühnen haben. [...] Das deutsche Volk kann nach allem, was in seinem Namen geschehen ist, den Frieden nur unter sehr großen Opfern erlangen.“²⁴ Aber beim Briefwechsel vom 1965 trat Döpfner sehr zurückhaltend auf und äußerte seine Ansichten von 1960 nicht mehr.

²⁰ Zu der gegenseitigen Wahrnehmung der Deutschen und der Polen in den ersten Nachkriegsjahren vgl. Robert Żurek, *Zwischen Nationalismus und Versöhnung. Die Kirchen und die deutsch-polnischen Beziehungen 1945 – 1956*, Köln 2005, 141-150.

²¹ Die erste größere Publikation über Polen in der BRD war das Buch von Hansjakob Stehle „Nachbar Polen“, erschienen im Fischer-Verlag, Frankfurt am Main 1963.

²² Vgl. Żurek, *Versöhnung*, aaO. (Anm. 20), 78-88; 183-213; Żurek/Kerski, *Briefwechsel*, aaO. (Anm. 2), 11-14; Robert Żurek, *Odpowiedź biskupów niemieckich na Orędzie biskupów polskich*, in: Wojciech Kucharski/Grzegorz Strauchold (Hgg.), *Wokół Orędzia. Kardynał Bolesław Kominek – prekursor pojednania polsko-niemieckiego*, Wrocław 2009, 121-131; hier: 124 f.

²³ Friedhelm Boll/Wiesław Wysocki/Klaus Ziemer, *Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik. Einleitung*, in: dieselben (Hgg.), *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009, 9-26; hier: 26.

²⁴ Predigt des Bischofs von Berlin, Julius Kardinal Döpfner, am 16. Oktober 1960, am Fest der heiligen Hedwig von Schlesien, der Patronin des Bistums Berlin, in der Pfarrkirche St. Eduard in Berlin-Neukölln, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), *Dokumentation* aaO. (Anm. 3), 70-75; hier: 72-73.

In der DDR wurde jegliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit politisch unterbunden. Zwischen der DDR und VRP herrschte eine auf der Regierungsebene verordnete Freundschaft unter dem Patronat der Sowjetunion.

Im Allgemeinen fehlte in der gegenseitigen Wahrnehmung auf den beiden Seiten ausreichende Kenntnis beziehungsweise auch Verständnis für die gesellschaftliche und politische Situation des Anderen, für den jeweiligen Umgang mit der Vergangenheit, als auch für die Motive, aus denen der Andere in dem Briefwechsel gerade so und nicht anders handelte. Vor allem hatte man aber die politischen Risiken der anderen Seite, die aus dieser Versöhnungsinitiative resultierten, nicht bedacht.

Dass die Antwort deutscher Bischöfe zurückhaltender und distanzierter im Vergleich zur Botschaft der polnischen Bischöfe ausfiel, ist auch mit dem jeweiligen Selbstverständnis der katholischen Kirche und ihrem Einfluss auf die Gesellschaft in der DDR, BRD und VRP verbunden. Aus diesem Selbstverständnis resultierten auch teilweise die Betonung der historischen und politischen Themen im polnischen Brief und das Ausweichen vor einer eindeutigen Stellungnahme in dieser Hinsicht im deutschen Antwortschreiben.

Die katholische Kirche in Polen zweifelte die Legitimation und Methoden der kommunistischen Regierung an. Sie verstand sich zumindest seit der 123-jährigen, im 1918 beendeten, Teilung Polens als Hüterin der nationalen Tradition und Identität angesichts der Germanisierungs- oder Russifizierungspolitik. Nach 1945 sah sich die Kirche dieser Tradition weiterhin verpflichtet: Sie verteidigte nun die Interessen der ihrer Souveränität beraubten polnischen Nation gegen die kommunistische, von Moskau abhängige Herrschaft.²⁵ Dies begründete das Engagement der Kirche in politische Angelegenheiten. Für ihr Selbstverständnis war auch wichtig, dass Polen zu ca. 90% katholisch war, was der Kirche ermöglichte, sich als Vertreterin des Volkes zu positionieren. In dem teils evangelischen, teils katholischen Deutschland ging das keineswegs. In Polen konnten sich außerdem die Bischöfe in ihrer Auffassung der Grenzfrage der Unterstützung der ganzen Gesellschaft sicher sein. Die deutsche Kirche hätte das Risiko der Spaltungen innerhalb der Katholiken und einer Auflehnung gegen den Episkopat eingehen müssen.²⁶ Allerdings war die Kirche in Westdeutschland keiner Gefahr seitens der Politik ausgesetzt; sie konnte sich sogar auf eine Unterstützung seitens der CDU/CSU berufen.²⁷ Gleichwohl versuchte die Kirche in der BRD den Eindruck zu vermeiden, sich offen politisch zu engagieren.²⁸

In der DDR hatte die Kirche keinen großen Einfluss auf die Gesellschaft. Sie war – laut der Einschätzung von Konrad Weiß – „konservativ, eigentlich nur aufs Überwintern eingestellt und letzten Endes sehr unpolitisch.“²⁹

Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass bereits in der Motivation der polnischen Bischöfe zur Ausformulierung ihrer Botschaft religiöse und politische Faktoren mitspielten.

²⁵ Piotr Madajczyk, Die deutsche Reaktion auf den Brief der Bischöfe in der polnischen Rezeption, in: Boll/Wysocki/Ziemer (Hgg.), Versöhnung und Politik, aaO. (Anm. 23), 196-212, hier: 199 f; Otto B. Roegele, Einführung, in: ders. (Hg.); Versöhnung oder Hass? Der Briefwechsel der Bischöfe Polens und Deutschlands und seine Folgen, Osnabrück 1966, 9-78; hier: 77 f.

²⁶ Madajczyk, polnische Rezeption, aaO. (Anm. 25), 199 f.

²⁷ Vgl. Dominik Burkard, Die politische Dimension kirchlichen Handelns – Historische Zugänge, in: Irene Dingel/Christiane Tietz (Hgg.), Die politische Aufgabe von Religion. Perspektiven der drei monotheistischen Religionen, Göttingen 2011, 143-177; hier: 170-172.

²⁸ Vgl. Madajczyk, polnische Rezeption, aaO. (Anm. 25), 199.

²⁹ „Polen hatte eine Vorbildfunktion“, Gespräch mit Konrad Weiß, in: Kerski/Kycia/Żurek (Hgg.), Wir vergeben und bitten um Vergebung, aaO. (Anm. 2), 183-196; hier: 192.

Einerseits erwuchs die Initiative der Bischöfe tatsächlich aus einer zutiefst religiösen Motivation heraus. Die Bischöfe waren der Meinung, dass man das tausendjährige Jubiläum der Taufe Polens ohne die Erfüllung des höchsten Gebots Jesu zu Nächsten- und Feindesliebe nicht im authentisch christlichen Geist begehen könne.³⁰ Daher hatte die Einladung an die deutschen Bischöfe den einzigartigen Charakter einer Versöhnungsbotschaft. Die Übergabe des Briefes wurde durch den religiösen Kontext begünstigt, in dem sich die Bischöfe aller drei Länder begegneten, nämlich durch das Zweite Vatikanische Konzil.

Andererseits entschieden sich die Bischöfe das durchaus politische Problem der Oder-Neiße-Grenze anzusprechen. Und dies nicht neben ihrer religiösen Motivation, sondern aus dieser Motivation heraus.

Eine religiöse Aktion mit politischen Bezugspunkten musste eine Reaktion seitens der kommunistischen Machthaber in Polen hervorrufen und konnte gravierende negative Konsequenzen für die Kirche haben – womit die polnischen Bischöfe auch rechneten. Trotzdem gingen sie das Risiko bewusst ein.³¹ Anfang 1966, angesichts massiver Angriffe seitens der Regierung, begründete der polnische Episkopat in einem Schreiben an den Premierminister Józef Cyrankiewicz den Inhalt seines Briefes mit den Worten: „Das Verstehen menschlicher Dinge, auch internationaler Fragen, unter dem Blickwinkel der Moral gehört zu den Aufgaben der Kirche, gehört somit auf das innigste zur Sendung und Berufung der Bischöfe, gehört zu ihrer Kompetenzen.“³²

Der Briefwechsel erfolgte im geteilten Europa während des Kalten Krieges. Somit blieb die gesamteuropäische und globale Lage nicht ohne Einfluss auf die Entscheidungen und das Handeln der kirchlichen Akteure. Dass es zur Übergabe der Botschaft gerade auf dem Konzil kam, hing nicht nur mit dem einzigartigen Charakter dieser Versammlung der Bischöfe aus der ganzen Welt zusammen, sondern auch damit, dass die durch den Eisernen Vorhang getrennten deutschen und polnischen Bischöfe sonst so unbefangen einander nicht hätten begegnen können. Die Umstände des Kalten Krieges erschwerten das Kennenlernen der jeweils anderen Seite. Bis Mitte der 1950er Jahre war die Kommunikation zwischen dem Osten und Westen erheblich behindert. Die Kirchen in der DDR und VRP wurden verfolgt. Die hinter dem Eisernen Vorhang abgeschottete polnische Gesellschaft konnte weder ihre antideutschen Vorurteile revidieren noch eigene Kriegserfahrungen der westlichen Öffentlichkeit vermitteln. Jedenfalls hatte zumindest die Kirche in der BRD als einem demokratischen Land mehr Handlungsspielräume als die Kirche im kommunistischen Polen oder in der DDR, Kontakt mit Katholiken in den beiden Ländern aufzunehmen. Diese wurden allerdings selten genutzt.³³

Der Versöhnungsinitiative der polnischen Bischöfe lag teilweise eine langfristige politische Vision zugrunde. Sie bestand in der Überwindung des Kommunismus und Rückkehr Polens aus der sowjetischen Einflusszone nach Europa. Die Bischöfe stellten Polen in ihrem

³⁰ Vgl. Botschaft der pol. Bischöfe aaO. (Anm. 3), 87.

³¹ Vgl. Roegele, Einführung, aaO. (Anm. 25), 67 f.

³² Schreiben des polnischen Episkopats an Ministerpräsident Cyrankiewicz, deutsche Übersetzung in: Roegele (Hg.), Versöhnung oder Hass?, aaO. (Anm. 25), 119-127; hier 122. In ähnlicher Weise erklärte Kardinal Wyszyński in seinem Brief an Kardinal Döpfner vom 5. November 1970 die Haltung der polnischen Bischöfe von 1965: „Ich glaube, Herr Kardinal, daß dies mit ‚POLITIK‘ gar nichts zu tun hat. Es handelt sich einfach um die seelsorgerische Pflicht unserer Episkopate. [...] um jene evangelische Gesinnung, die AUCH der Politik dienen kann und soll.“ Kardinal Wyszyński an Kardinal Döpfner am 5. November 1970; abgedruckt in: Hansjakob Stehle, Der Briefwechsel der Kardinäle Wyszyński und Döpfner im Deutsch-Polnischen Dialog von 1970 – 1971, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3 (1983), 536-553, hier: 546; Hervorhebungen im Original.

³³ Żurek/Kerski, Briefwechsel, aaO. (Anm. 2), 13-14.

Schreiben als ein integrales Mitglied der europäischen Gemeinschaft dar – nicht zuletzt durch seine Zugehörigkeit zum lateinischen Christentum.³⁴ Der eindeutige Europabezug der Botschaft hatte eine besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der Außenpolitik der VRP, die das Land in eine immer deutlichere Marginalisierung auf der internationalen politischen Arena trieb.³⁵ Eine Rückkehr Polens nach Europa schien ohne Verständigung mit den Deutschen unvorstellbar. Primas Stefan Wyszyński erhoffte sich, dass die deutschen Katholiken die bundesdeutsche Öffentlichkeit und Politik dazu anregen, die Oder-Neiße-Grenze endgültig anzuerkennen, was eine Voraussetzung für die Entwicklung Polens und Europas geschaffen hätte.³⁶

Die westdeutschen Bischöfe hatten eine völlig andere Einschätzung von der Relevanz der Grenzfrage für die Zukunft Europas als die polnischen. Sie wollten die Grenze nicht öffentlich für endgültig erklären, denn in ihrer Auffassung hätte dies bedeuten können, sie wären bereit, die erhoffte Einheit Deutschlands aufzugeben. Hinter der Zurückhaltung deutscher Bischöfe in der Grenzfrage stand also vermutlich die Hoffnung, die Grenze könnte als eine Verhandlungsgrundlage für einen künftigen Friedensvertrag und die Wiedervereinigung Deutschlands benutzt werden. Dabei waren die deutschen Bischöfe gar nicht darauf eingegangen (was von dem kommunistischen Regime in Polen und der DDR sofort aufgegriffen und kritisiert wurde), dass sich die polnischen Bischöfe in ihrem Brief an alle deutschen Bischöfe wendeten – ohne die DDR mit nur einem Wort zu erwähnen und ohne zwischen den Bischöfen aus Ost- und Westdeutschland zu unterscheiden. Dadurch gaben die polnischen Bischöfe eigentlich zu verstehen, dass sie die Teilung Deutschlands für einen anormalen und vorübergehenden Zustand hielten.³⁷ Es war allerdings klar, dass mit der Grenzfrage primär die westdeutschen Bischöfe angesprochen wurden und gerade in diesem Zusammenhang gewann der Brief seine hochpolitische Brisanz.

Umgang mit der Grenzfrage in der BRD, DDR und Polen

Warum aber hatte die Grenzfrage eine dermaßen existenzielle Bedeutung für die Polen, dass sich die Bischöfe entschieden, sie in ihrem Brief anzusprechen? Das Problem der Oder-Neiße-Grenze hängt mit dem direkten Bezugspunkt des polnischen Briefes, nämlich mit dem Zweiten Weltkrieg, und mit seinen Folgen zusammen. 1965 lagen einige Bezirke Warschaus immer noch in Trümmern und die Erinnerung an den vergangenen Krieg war in Polen sehr lebhaft. Im Gedächtnis der polnischen Bevölkerung blieb die Verachtung der Besatzer gegenüber den slawischen „Untermenschen“, der Massenmord an Juden und Polen, der überall

³⁴ Vgl. Botschaft der poln. Bischöfe aaO. (Anm. 3), 77-82.

³⁵ Vgl. Piotr Madajczyk, *Okoliczności powstania Orędzia biskupów polskich do biskupów niemieckich*, in: Kucharski/Strauchold (Hgg.), *Kardynał Bolesław Kominek*, aaO. (Anm. 22), 109-120; hier: 109-111. John Gronowski, seit August 1965 der U.S.-amerikanischer Botschafter in Polen, sprach schon damals von der Möglichkeit, Polen könne die Rolle eines Vermittlers zwischen dem Osten und dem Westen spielen. Seine Idee wurde allerdings von der polnischen Regierung abgelehnt.

³⁶ Żurek/Kerski, Briefwechsel, aaO. (Anm. 2), 30 f.

³⁷ Vgl. Jan Rydel, *Nowe elementy mozaiki. Nieznane niemieckie dokumenty dyplomatyczne o Liście Biskupów z 1965 roku*, in: „Więź” 1 (2011), 101-110, hier: 107.

herrschende Terror und die unterschiedlichen Formen von Schikanen und Gewalt, die ihnen im Besatzungsalltag begegneten³⁸.

Der Krieg kostete ca. 6 Millionen polnischen Bürgern das Leben, meistens im arbeitsfähigen Alter, davon ca. 3 Mio. Juden. Ungefähr 10% dieser Opfer sind infolge direkter Kriegshandlungen umgekommen, 90% aber infolge der über fünf Jahre andauernden Terrormaßnahmen der Besatzer.³⁹ Die Besatzung bedeutete für viele Polen den Entzug jeglicher materieller Lebensgrundlagen. Der Raub des Privateigentums erfolgte während des ganzen Krieges und auf dem gesamten besetzten Gebiet; er betraf sowohl die jüdische als auch die polnische Bevölkerung.⁴⁰ Die Wohnungen wurden von den im neuen „Lebensraum im Osten“ angekommenen Deutschen samt Möbeln und nicht selten auch vorgefundenen Lebensmitteln, Kleidung und Wertsachen, beschlagnahmt⁴¹. Der Raub im weiteren Sinne erstreckte sich auch auf die Ausbeutung der Landwirtschaft, Verschleppungen zur Zwangsarbeit ins Reich (ca. 2,5 Millionen Menschen)⁴² und Entführung zu ‘Germanisierungszwecken’ mindestens 20.000 polnischer Kinder aus ihren Elternhäusern, aus Pflegefamilien oder aus Waisenheimen.⁴³ Das Eisenbahnwesen wurde zu 84% zerstört, das Schulwesen zu etwa 60%, die materielle Kulturausstattung zu 43%, die Forstwirtschaft zu 28%.⁴⁴ Die katholische Kirche in Polen wurde ebenfalls von schweren Zerstörungen und Verlusten betroffen. Von ca. 10500 katholischer Geistlichen, die im Jahr 1939 in Polen arbeiteten, wurden über 2500 (darunter fünf Bischöfe) ermordet.⁴⁵

Das Territorium Polens hat sich durch die neue Grenzbestimmung im Vergleich zum Stand in der Vorkriegszeit vermindert – anstelle von 180.000 Quadratkilometer im Osten, erhielt Polen 103.000 Quadratkilometer im Westen. Eine eventuelle Grenzrevision hätte eine weitere Verminderung des Territoriums bedeutet, was mit den in den 1960ern immer noch spürbaren Auswirkungen von anderen Kriegsschäden ein gravierendes Existenzproblem darstellte. Vor diesem Hintergrund wurden in Polen deutsche Grenzrevisionsforderungen als unerhörte Unverschämtheit empfunden.

Die polnischen Bewohner der ehemals deutschen Gebiete sahen ihre Existenz alles andere als gesichert an. Die Sowjetunion stilisierte sich zwar als der einzige Garant der Grenze,

³⁸ Zu diesem Thema vgl. z.B. Jochen Böhler/Stephan Lehnstaedt (Hgg.), *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939-1945*, Osnabrück 2012.

³⁹ Mariusz Muszyński/Przemysław Sypniewski/Krzysztof Rak (Hgg.), *Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939-1945 = Reports on Poland's wartime losses and damage in the years 1939-1945 = Bericht über Polens Verluste und Kriegsschäden in den Jahren 1939-1945*, Warszawa 2007, 151. Hierzu vgl. auch: Hans-Jürgen Bömelburg/Jerzy Kochanowski, *Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939-1945*, in: Jerzy Kochanowski/Beate Kosmala (Hgg.), *Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung*, Potsdam 2009, 41-54.

⁴⁰ Vgl. Tadeusz Janicki, *Raub von Eigentum*, in: Kochanowski/Kosmala (Hgg.), *Deutschland, Polen*, aaO. (Anm. 40), 304-305.

⁴¹ Vgl. Ebd.. Zu Vertreibung und Deportationen der Polen aus den von Deutschen besetzten Gebieten vgl. z. B. Alexa Stiller, *Gewalt und Alltag der Volkstumspolitik. Der Apparat des Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums und andere gesellschaftliche Akteure der veralltäglichten Gewalt*, in: Böhler/Lehnstaedt (Hgg.), *Gewalt*, aaO. (Anm. 39), 45-66.

⁴² Muszyński/Sypniewski/Rak (Hgg.), *Sprawozdanie*, aaO., (Anm. 40), 142.

⁴³ Isabel Heinemann, *"Rasse, Siedlung, deutsches Blut". Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas*, Göttingen 2003, 508-530.

⁴⁴ Muszyński/Sypniewski/Rak (Hgg.), *Sprawozdanie*, aaO., (Anm. 40), 147-148. Eine ähnliche Einschätzung der Lage in Polen nach dem Krieg liefert im Jahr 1961 Walter Görnitz in: ders., *Die politische Lage des heutigen Polen*, in: Peter Nasarski (Hg.), *Die Barsinghausener Gespräche (1-4)*, Leer (Ostfriesland) 1961, 146-164.

⁴⁵ Konrad Białecki, *Kirchen in Polen während der Besatzungszeit*, in: Kochanowski/Kosmala (Hgg.), *Deutschland, Polen*, aaO. (Anm. 40), 261-263; Muszyński/Sypniewski/Rak, *Sprawozdanie*, aaO., (Anm. 40), 163.

gerade deswegen aber hatte man befürchtet, dass im Falle eventueller Verhandlungen zwischen Bonn und Moskau, beziehungsweise einer künftigen Wiedervereinigung Deutschlands, die Oder-Neiße-Grenze zur Verhandlungsobjekt werden könnte. So wuchs also in den neuen Westgebieten eine ganze Generation von Polen in Ungewissheit heran. Bis in die 1970er Jahre hatte man dort keine langfristigen Investitionen vorgenommen, denn man lebte in der Angst, diese Gebiete könnten wieder von Deutschland einverleibt werden. Im Unterschied dazu konnten sich die deutschen Vertriebenen auf dem deutschen Boden sicher sein, dass ihnen keine Gefahr eines derartigen Verlustes ihres neuen Lebensortes drohte. Nicht zuletzt betraf die Grenzfrage auch das Problem der kirchlichen Organisation auf den beiden Seiten der neuen Grenze, die nun die Diözesen der Vorkriegszeit durchschnitten. Über die Schaffung der selbstständigen polnischen und ostdeutschen Diözesen auf diesen Gebieten wurde im Vatikan erst nach der Ratifizierung der Grenze 1972 endgültig entschieden.

Der Wortlaut der Antwort der deutschen Bischöfe lässt darauf schließen, dass ihr keine eingehenderen Überlegungen vorausgingen, welche Bedeutung die ehemaligen deutschen Gebiete für Nachkriegspolen hatten. Dies wundert umso mehr, dass die Ostdenkschrift der EKD vom Oktober 1965 gerade der Frage der „politischen und wirtschaftlicher Bedeutung“ dieser Gebiete für Polen mehrere Seiten fundierter Überlegungen widmet und die „Westverschiebung“ Polens mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939 in Zusammenhang bringt.⁴⁶

In der Bundesrepublik lebten ca. 8 Mio. Vertriebene. In der „Charta der Deutschen Heimatvertriebenen“ vom 5. August 1950 hatten sie versichert, sie verzichteten auf Rache – nicht aber auf eine Grenzrevision. Die deutschen Verbrechen an Polen blieben in der Charta unerwähnt. Die Revisionsforderungen und der Kampf um das „Recht auf Heimat“ waren auch unter den Katholiken verbreitet.⁴⁷ Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Integration der Vertriebenen in der neuen Heimat nicht reibungslos verlief. Gleichzeitig bildeten sie für politische Parteien einen großen Teil ihrer potenziellen Wählerschaft, daher spielten Politiker mit ihren Hoffnungen auf Grenzrevision, um ihre Stimmen zu gewinnen. Andererseits fungierten zahlreiche ehemalige hochrangige Nazis als Aktivisten der Vertriebenenverbände.⁴⁸

In der DDR sah die Situation anders aus als in der BRD. Die Propaganda sprach von der Friedensgrenze mit der VRP. In Ostdeutschland lebten ca. 4 Mio. Vertriebene, die von katholischen Gemeinden relativ gut integriert wurden.⁴⁹ Dies besagt jedoch nicht, dass die Grenzfrage die ostdeutschen Bischöfe nicht betraf. Im Gegenteil, im Kontext der Versöhnung war sie – jedoch in anderer Hinsicht – ebenfalls relevant. Die „Freundschaft“ zwischen den DDR- und VRP-Bürgern hatte nämlich einen strategisch-politischen, stark ideologisierten Charakter; eine authentische gemeinsame Aufarbeitung der neuesten Geschichte, somit auch

⁴⁶ Evangelische Kirche, aaO. (Anm. 1), 94-102; EKD bemüht sich in diesem Zusammenhang um Hintergrundinformationen aus unterschiedlichen Quellen: es beruft sich auf die von Georg Bluhm bearbeiteten statistische Daten, zitiert Protokoll der Potsdamer Konferenz, Einschätzung des Historikers und Publizisten Walter Görlitz als auch Auszüge aus einer Predigt von Kardinal Wyszyński und aus dem oben erwähnten Text von Erzbischof Kominek in „Tygodnik Powszechny“ (s. Anm. 31)

⁴⁷ Vgl. Żurek, Versöhnung, aaO. (Anm. 27.), 198-200; Żurek/ Kerski, Briefwechsel, aaO. (Anm. 2), 12-13.

⁴⁸ Vgl. Norbert Pötzl, Hitlers letzte Opfer. Die Vertriebenen nach 1945 – von Landsleuten im Westen oftmals ausgegrenzt, von Politikern lange in der illusionären Hoffnung auf Rückkehr bestärkt, in: Anette Großbongardt/Georg Bönisch, Die Deutschen im Osten Europas. Eroberer, Siedler, Vertriebene, Bonn 2011, 235-247; Michael Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“, München 2013.

⁴⁹ Vgl. Theo Mechtenberg, Versöhnung gegen Widerstände. Kirchliche Poleninitiativen in der DDR, in: Boll/Wysocki/Ziemer (Hgg.), Versöhnung und Politik, aaO. (Anm. 23), 296-315; hier: 305 f.

der Grenzverschiebung fehlte. Den Vertriebenen wurde es auch nicht ermöglicht, ihren Heimatverlust aufzuarbeiten. Bemühungen in dieser Hinsicht wurden von dem SED-Regime unterdrückt.⁵⁰

Reaktionen auf den Briefwechsel

In den Reaktionen, die der Briefwechsel in den beiden deutschen Staaten und in Polen hervorrief, zeigt sich ein weiterer Aspekt der Wechselwirkungen zwischen der Kirche und Politik. Die Befürchtungen der polnischen Bischöfe bezüglich der Folgen ihres Briefes verwirklichten sich. Die polnische Regierung entfaltete eine monatelange Kampagne gegen die Kirche und fand immer wieder neue Angriffspunkte⁵¹. Es folgten Verleumdungen der Bischöfe in der Presse, Repressalien und Schikanen. Diese Kampagne wurde sorgfältig geplant (bis hin zu Anweisungen, welche Argumente gegen den Brief die Presseberichte anbringen sollten) und von der höchsten politischen Ebene aus gesteuert.⁵² Die kommunistischen Machthaber wussten, dass sich viele polnische Katholiken, aufgrund ihrer Kriegserfahrungen, mit der von den Bischöfen geäußerten Vergebung und vor allem mit der Bitte um Vergebung sehr schwer taten. Die Regierung versuchte daher, die Katholiken gegen ihre Bischöfe auszuspielen, die nun in der Propaganda als Verräter dargestellt wurden. Gleichzeitig bemühten sich die Kommunisten, die antideutschen Einstellungen stets wachzuhalten, was einen Versöhnungsprozess in der polnischen Gesellschaft zusätzlich erschwerte. Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz versuchte die Versöhnungsgeste der Bischöfe als unmoralisch darzustellen: „Ein solches Vergeben ist gegen das Moralgefühl unseres Volkes und aller anständigen Leute, ist gegen Gerechtigkeit, ist gegen Interessen des polnischen Volkes und der ganzen Menschlichkeit [...]“⁵³

Doch die schärfste Kritik bezog sich auf den politischen Aspekt des Briefes und auf das Thematisieren der Oder-Neiße-Grenze: Die Bischöfe hätten sich unberechtigterweise in die Außenpolitik der VRP eingemischt. Als unerhörte Anmaßung galt, dass die Bischöfe über die Grenze mit den westdeutschen Bischöfen sprechen wollten. In den Augen der Regierung bedeutete dies, die Bischöfe hätten die Sowjetunion als Garant der Stabilität der Grenze in Frage gestellt; sie hätten sogar die Existenz der DDR geleugnet und die mit der DDR bereits erzielte Versöhnung ignoriert, indem sie den gleichen Brief an die DDR- und die BRD-Bischöfe richteten (und somit das deutsche Volk als eine Nation behandelten).⁵⁴

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Eine genaue Rekonstruktion dieser Entwicklung unternimmt Otto B. Roegele; Roegele, Einleitung, aaO. (Anm. 25), 27-78. Eine Übersicht der Quellen zu diesem Sachverhalt liefert: Tadeusz Krawczak, Der Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe in den Augen der Partei und des Sicherheitsdienstes, in: Boll/ Wysocki/Ziemer (Hgg.), Versöhnung und Politik, aaO. (Anm. 23), 164-172.

⁵² 1965 gruzdień, Warszawa – Projekt działań związanych z wystosowaniem przez polskich biskupów Orędzia do biskupów niemieckich, opracowany przez Wydział Administracyjny KC PZPR, abgedruckt in: Kucharski/Strauchold (Hgg.), Kardynał Bolesław Kominek, aaO. (Anm. 22), 302-303; 1965 gruzdień 29, Warszawa – Wnioski ppłk. Tomasza Wawrzyniewicza dotyczące prowadzenia dalszej kampanii przeciw Kościołowi katolickiemu w związku z Orędziem, abgedruckt in: ebd., 329-330.

⁵³ Antwort des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz an den polnischen Episkopat, deutsche Übersetzung in: Roegele (Hg.), Versöhnung oder Hass?, aaO. (Anm. 25), 128-150; hier: 144.

⁵⁴ Vgl. Antwort des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz, aaO. (Anm.78), 134-139; Madajczyk, polnische Rezeption, aaO. (Anm. 25), 203 f. Einen ähnlichen Vorwurf macht übrigens die SED den Bischöfen. Stellvertretender Chefredakteur des „Neuen Deutschlands“ Günter Kretzschmer schreibt: „Das Erstaunlichste an

Angesichts der Angriffe seitens der Regierung und Presse setzten sich die Bischöfe zur Gegenwehr. Sie entschärften in den Predigten die propagandistische Hetze und wiederlegten die Vorwürfe. Endlich entschloss sich der Episkopat, den Brief in seinem vollen und authentischen Wortlaut in allen Kirchen in Polen um die Weihnachtszeit verlesen zu lassen.⁵⁵ Doch infolge der massiven Angriffe seitens der Kommunisten und der Empörung über die Botschaft unter vielen Katholiken nahmen die Bischöfe ihre radikale Versöhnungsgeste beinahe zurück. Die antikirchliche Kampagne und die Verleumdungen gegen Bischöfe waren jedoch so heftig, dass die Handlungen der Regierung bei den Katholiken eine Solidarität mit den Bischöfen statt der Abwendung von ihnen hervorriefen. Als sich die Angriffe auf Bischöfe als erfolglos herausstellten, wiederholten sie im Mai 1966, während der Feierlichkeiten des tausendjährigen Jubiläums, die Botschaft „wir vergeben“. Doch die Bitte um Vergebung blieb aus.⁵⁶ Dies ist ein markantes Beispiel des Einflusses von politischen Faktoren auf ein religiös motiviertes Handeln. Zudem ermutigte die deutsche Antwort in ihrer zurückhaltenden Form gerade nicht die polnischen Bischöfe, an dem radikalsten Ausdruck ihres Versöhnungswillens weiterhin festzuhalten.

In der Bundesrepublik sorgte der Briefwechsel für Wirbel im politischen Leben, jedoch nicht so massiv wie in Polen. Man lobte die Dialogoffenheit der polnischen Bischöfe, kritisierte aber ihre Geschichtsinterpretation als polonozentrisch. Die Anerkennung der Grenze lehnte man ab. Ein tatsächliches Problem war die enge Verknüpfung von Politik, Religion und Moral, wie sie sich in dem polnischen Brief darstellte.⁵⁷ Die Berichtserstattung war nicht unvoreingenommen. Berichte der Botschaft der BRD im Vatikan beispielsweise zeigen, dass ihre Autoren, obwohl sie sich in direkter zeitlichen und räumlichen Nähe der Ereignisse befanden, nicht über Stereotype hinweg gehen konnten. Der Inhalt der polnischen Botschaft wird verkürzt und unpräzise wiedergegeben. Es werden aber auch Vorbehalte gegen die Entgegennahme der Einladung zur Feierlichkeiten des Jubiläums durch die deutschen Bischöfe geäußert. Sie könnte nämlich den Eindruck erwecken, deutsche Bischöfe wollten die Oder-Neiße-Grenze als endgültig anerkennen.⁵⁸ Bei den Vertriebenen wurde die polnische Botschaft (vor allem die Bitte um Vergebung) als nicht weitgehend genug empfunden, denn große Teile der Gesellschaft waren immer noch überzeugt, die Polen hätten gegenüber den Deutschen eine größere Schuld als umgekehrt.⁵⁹ Politische Folgen für die Kirche gab es eigentlich keine, denn die westdeutschen Bischöfe mieden in ihrem Antwortschreiben politische Stellungnahmen.

In der DDR blieb der Briefwechsel ebenfalls nicht ohne Reaktion seitens der kommunistischen Regierung. Der Briefwechsel wurde auszugsweise im Ostberliner St. Hedwigsblatt am 12. Dezember 1965 abgedruckt. Doch anschließend befahl das SED-Preseamt den Herausgebern des Blattes, in der nächsten Nummer seine Stellungnahme abzdrukken, was die Redaktion auch tat, allerdings mit dem Vermerk, dass es sich um einen

dem Briefwechsel ist, daß beide Partner so tun, als gäbe es keine DDR.“, Günter Kretzschmar, Bischöfliche Aktion aus dem Geiste des Revanchismus, „Neues Deutschland“ 20 Jg., Nr. 353 vom 24. Dezember 1965, S. 6, digitalisiert unter <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/view1/?purl=SNP2532889X-19651224-0-6-0-0>, Zugang online am 26.04.2013.

⁵⁵ Roegele, Einführung, aaO. (Anm. 25), 34-40.

⁵⁶ Vgl. Żurek/Kerski, Briefwechsel, aaO. (Anm. 2), 44; Jan Żaryn, Episkopat Polski w drodze do *Ozędzia* (1945-1965), in: Kucharski/Strauchold (Hgg.), *Kardynał Bolesław Kominek*, aaO. (Anm. 22), 99-107, hier: 104 f.

⁵⁷ Vgl. Madajczyk, polnische Rezeption, aaO. (Anm. 25), 198 f.

⁵⁸ Vgl. Piotr Madajczyk, *Oredzie biskupow polskich w ocenie niemieckiego MSZ*, in: *Rocznik Polsko-Niemiecki /Deutsch-Polnisches Jahrbuch/Instytut Studiów Politycznych PAN* 19 (2011), 73–90, hier: 73-79.

⁵⁹ Vgl. Żurek/Kerski, Briefwechsel, aaO. (Anm. 2), 12; 39.

von dem Presseamt gelieferten Text handelt. In diesem Text wurde die Versöhnungsgeste als ein eigenmächtiger Akt zurückgewiesen. Zudem wurde kritisiert, dass die bereits seit Jahren geregelten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und Polen unerwähnt blieben. Die SED machte eine öffentliche Debatte um den Briefwechsel unmöglich. Die Rezeption beschränkte sich infolge dessen auf einen kleinen Kreis der Katholiken.⁶⁰

Die aus der DDR kommenden Unterzeichner der deutschen Antwort wurden, ähnlich wie ihre polnischen Amtsbrüder, den Repressalien seitens der kommunistischen Regierung ausgesetzt. Ihnen wurde vorgeworfen, dass sie „gegen die Interessen der katholischen Bevölkerung“ der DDR handelten.⁶¹ Man beschuldigte die Bischöfe der Beteiligung an einer vom Vatikan vorangetriebenen ideologischen Diversion und machte ihnen zum Vorwurf, dass die deutsche Antwort das Görlitzer Abkommen implizit negiere.⁶² Die in Polen geäußerte Kritik der Einmischung in Fragen der Außenpolitik, die keine Angelegenheit der Bischöfe und der Kirche sei, wurde auch gegen die Bischöfe in der DDR gerichtet.⁶³

Die staatlichen Organe der DDR kritisierten allerdings nicht nur die Haltung der ostdeutschen Bischöfe, sondern auch den polnischen Brief. Erstens sei dieser als eine Vergebungsgeste angesichts der von Faschisten begangenen Verbrechen unberechtigt, denn diese Geste erfolge ohne Ermächtigung seitens des polnischen Volkes. Zweitens wurde die Oder-Neiße-Grenze zu Unrecht als „heißes Eisen“ bezeichnet, wo sie doch durch das Görlitzer Abkommen bereits 15 Jahre zuvor beschlossen wurde.⁶⁴ Die ostdeutschen kommunistischen Machthaber, ähnlich wie die polnischen, identifizierten also sofort den politischen Sprengsatz des Briefwechsels. Abgesehen davon, ob die katholische Kirche so zahlreich und in der Gesellschaft aktiv wie in Polen oder marginalisiert und zurückhaltend wie in der DDR war, schätzten sie das politische Potenzial kirchlicher, religiös motivierter Initiativen hoch ein.

Konsequenzen des Briefwechsels

Wenn man den Briefwechsel und seine Konsequenzen aus heutiger Perspektive betrachtet, merkt man, dass die polnischen Bischöfe 1965 einen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen forderten. Sie versuchten die antideutschen Ressentiments, in denen die polnische Gesellschaft verfangen war, zu überwinden. Deswegen sprachen sie auch vom deutschen Widerstand gegen das NS-Regime, von den deutschen Kriegsoptionen und Vertreibungen. Mit der Aufforderung zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze hatten sie ihren deutschen Amtsbrüder eine Gelegenheit geboten, der polnischen Überzeugung der währenden Bedrohung seitens der Deutschen den Boden zu entziehen. Dies haben sie getan, obwohl ein solcher Schritt mit dem Risiko der Repressalien gegen einzelne Bischöfe und vor allem der Zerschlagung der katholischen Kirche durch das kommunistische Regime verbunden war.

⁶⁰ Mechtenberg, gegen Widerstände, aaO. (Anm. 50), 307 f; Aktennotiz des DDR-Presseamtes vom 16. Dezember 1965 (mit Kommentar) abgedruckt in: Martin Höllen, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Band 2: 1956 bis 1965, Berlin 1997, Dokument Nr. 572 <11./16. Dezember 1965>, 457-459.

⁶¹ Kretzschmar, *Bischöfliche Aktion*, aaO., (Anm. 55), 6.

⁶² Mechtenberg, gegen Widerstände, aaO. (Anm. 50), 306-314.

⁶³ Aktennotiz des DDR-Presseamtes vom 16. Dezember 1965, aaO. (Anm. 61), 458.

⁶⁴ Mechtenberg, gegen Widerstände, aaO. (Anm. 50), 310.

Die westdeutschen Bischöfe schienen nicht berücksichtigt zu haben, welch großes Risiko die polnischen Bischöfe mit ihrer Versöhnungsbotschaft eingegangen sind. Sie selbst haben keinen Paradigmenwechsel gefordert – weder bezüglich der deutschen Polenwahrnehmung noch in der Grenzfrage.⁶⁵ Sie waren sich auch offenbar nicht bewusst, dass ihre distanzierte Antwort der kommunistischen Regierung in Polen mittelbar Argumente gegen den Episkopat lieferte. Die polnischen Machthaber versuchten nämlich zu zeigen, dass die Initiative der polnischen Bischöfe völlig fehlgeschlagen ist.⁶⁶ So sprach zum Beispiel der Sejm-Abgeordnete Bronisław Ostapczuk: „Mit ihrem Auftritt – mit dem an die deutschen Bischöfe gerichteten Brief – haben sie [die polnischen Bischöfe – U.P.] es den deutschen Bischöfen ermöglicht, ihre Übereinstimmung mit den Ansichten der revisionistischen Bonner Regierung zur Frage unserer Grenze an Oder und Neiße zu manifestieren.“⁶⁷ Der Sekretär des polnischen Episkopats Bischof Zygmunt Choromański versuchte die deutsche Antwort und somit auch die Initiative des polnischen Episkopats vor dem Angriff des Regierungschefs zu verteidigen. Dabei schien er aber aus dem deutschen Brief ein weitergehendes Entgegenkommen (v.a. in der Grenzfrage) gegenüber der polnischen Initiative herauszulesen als es wirklich aus dem Text hervorgeht⁶⁸. Dies entging nicht dem Premierminister Cyrankiewicz, was er in seiner Antwort an Choromański anmerkte.⁶⁹

Doch hatten auch die deutschen Bischöfe ihre Gründe für eine zurückhaltende Antwort. Sie hatten gesehen, dass sich die EKD-Leitung nach ihrer Ostdenkschrift einer heftigen Kritik aus der Gesellschaft ausgesetzt hatte. Dies wollte der Episkopat vermeiden. Er fürchtete außerdem den Konflikt mit der CDU/CSU, für die Anerkennung der Grenze gar nicht in Frage kam. Anhand von Dokumenten der bundesdeutschen Auswärtigen Amtes von 1965 vermutet Jan Rydel, dass das Auswärtige Amt seinerseits der politischen Orientierung des westdeutschen Episkopats durchaus vertraute. Seine Übereinstimmung mit der Außenpolitik der BRD hat wohl der Episkopat bereits durch seine diplomatischen Handlungen beim Heiligen Stuhl bewiesen, die die Neuorganisation der kirchlichen Strukturen auf den ab 1945 polnischen Gebieten erheblich erschwerten.⁷⁰ Die westdeutsche katholische Kirche unterstützte die CDU/CSU, da sich diese Partei weltanschaulich als christlich verstand. Die Kirche sah durch diese die eigenen politischen Interessen vertreten. Manche kirchlichen Würdenträger waren aktive Parteimitglieder, die Bischöfe riefen sogar in Wahlhirtenbriefen zur Unterstützung der Unionsparteien auf. Diese Nähe der Kirche zur CDU/CSU blieb allerdings nicht ohne öffentliche Kritik.⁷¹ Trotz ihrer Affinität zu CDU/CSU versuchte die Kirche in der BRD den Eindruck zu vermeiden, sich offen politisch zu engagieren.⁷² Noch nach der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags schrieb Döpfner an Wyszyński: „Der Vertrag, [...] ist innerhalb der Bundesrepublik umstritten, auch unter den Katholiken. Es steht mir weder zu, hier Partei zu ergreifen, noch würde eine Parteinahme jenem Ziel der Verständigung und inneren Aussöhnung

⁶⁵ Vgl. Robert Żurek, Der Briefwechsel der katholischen Bischöfe von 1965, in: Boll/ Wysocki/Ziemer (Hgg.), Versöhnung und Politik, aaO. (Anm. 23), 67-76, hier: 71-72; Żurek/Kerski, Briefwechsel, aaO. (Anm. 2), 33.

⁶⁶ Vgl. Stehle, Briefwechsel, aaO. (Anm. 34) 540; Madajczyk, polnische Rezeption, aaO. (Anm. 25), 200 f.; 205.

⁶⁷ Aussage während der Sejm-Sitzung im Dezember 1965, Sejm PRL, Kadencja IV, Sprawozdanie Stenograficzne I-V. II Sesja Sejmu, 5 posiedzenie Sejmu 14-14 grudnia 1965, Biblioteka Sejmowa; zitiert nach Madajczyk, polnische Rezeption, aaO. (Anm. 25), 204.

⁶⁸ Vgl. Schreiben des polnischen Episkopats, aaO. (Anm. 33), 196; 124-126.

⁶⁹ Vgl. Antwort des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz, aaO. (Anm. 56), 140 f.

⁷⁰ Vgl. Rydel, Nowe elementy mozaiki, aaO. (Anm. 39), 106.

⁷¹ Vgl. Burkard, politische Dimension, aaO. (Anm. 27), 170-172.

⁷² Madajczyk, polnische Rezeption, aaO. (Anm. 25), 199.

nutzen.“⁷³ Es ist bemerkenswert, dass Döpfner hier eine eindeutig entgegengesetzte Position zu derjenigen Wyszyńskis in der Frage zeigt, was der deutsch-polnischen Aussöhnung dient und was nicht. Eine Begründung dieser Position führt er allerdings nicht aus.

Die polnische Seite fühlte sich noch Jahre später durch die deutsche Antwort und die Haltung des deutschen Episkopats enttäuscht. Kardinal Bolesław Kominek, von dem die Idee des polnischen Briefes stammte, notierte in seinen Erinnerungen: „Auch diesmal fürchteten die westdeutschen Bischöfe ihre Vertriebenenverbände aus dem Osten und die symbolische entgegen gestreckte Hand zum Frieden zwischen den beiden Völkern haben sie nur zaghaft ergriffen.“⁷⁴ Um dieselbe Zeit schrieb Wyszyński an Döpfner: „Nun muß ich Ihnen ganz ehrlich gestehen, daß die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren Versöhnungsbrief nicht nur die Polen, sondern auch die Weltmeinung enttäuscht hat. Unsere so herzlich ausgestreckte Hand wurde nicht ohne Vorbehalt angenommen.“⁷⁵ In der Antwort gab Döpfner zu: „Im Rückblick scheint mir, wir hätten damals einiges wärmer formulieren können [...].“ Beteuerte aber zugleich: „wesentlich anders hätten wir, speziell bezüglich der Grenzfrage, kaum schreiben können“⁷⁶.

Die zurückhaltende Antwort der deutschen Bischöfe korrespondierte mit der Haltung vieler deutscher Katholiken in der BRD. Aber nicht nur die polnische Seite war über diese Haltung enttäuscht. Das drei Jahre nach dem Briefwechsel veröffentlichte Bensberger Memorandum schloss mit folgenden Worten: „Die Verfasser dieses Memorandums haben sich zur Veröffentlichung ihrer politischen Erwägungen und Empfehlungen entschlossen, weil ihnen die Lethargie der deutschen Öffentlichkeit, gerade auch die der Katholiken, als das größte Hindernis einer Arbeit am Frieden erscheint. Die Menschen und unter ihnen die Christen sind nicht dazu aufgerufen, historische Prozesse zu erdulden, sondern in sie einzugreifen. Eine solche Tat war die Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe.“⁷⁷

Schlussfolgerungen

In Bezug auf den Briefwechsel der Bischöfe lässt es sich von vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Kirche und Politik sprechen. Allerdings erscheinen diese Wechselwirkungen durchaus asymmetrisch. Die polnischen Bischöfe erhofften sich, dass eine religiös motivierte Haltung der Katholiken zu einem Durchbruch in der Grenzfrage führen wird. Diese Hoffnung war nicht unbegründet – die deutschen und polnischen Katholiken verband doch der gemeinsame christliche Glaube, der sich nicht als weltfremd sondern als

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Kominek, *W służbie*, aaO. (Anm. 31), 113-114; Übers. aus dem Polnischen – U.P.

⁷⁵ Kardinal Wyszyński an Kardinal Döpfner am 5. November 1970; abgedruckt in: Stehle, Briefwechsel, aaO. (Anm. 34), 546.

⁷⁶ Aao., 549.

⁷⁷ Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen. Herausgegeben vom Bensberger Kreis, Mainz 1968, 25. Noch 1976 erntete die Haltung der Katholischen Kirche in politischen Fragen Kritik – diesmal seitens der regierenden Partei. Hans Koschnick, Stellvertretender Vorsitzender der SPD schrieb: „Die Deutsche Bischofskonferenz und die Synode haben aus Gründen, die ich zwar bedauere, aber zu respektieren habe, es abgelehnt, ein positives, ein ermutigendes Wort zu diesen Verträgen [d.h. zu den Ost-West Verträgen von 1970 – U.P.] zu sagen.“ Ders., „Christliche Verantwortung und Parteipolitik. Bedauerlicher katholischer Rückzug von einem Wort der Aussöhnung“, SPD-Pressedienst P/XXXI/23, 4. Februar 1976 [Maschinenschrift], 1-1a; digitalisiert <http://www.digitalisiertedrucke.de/record/362321>, Zugang online am 10.01.2013.

weltverwandelnd versteht. Offenbar beeinflusste jedoch die Politik und die Stimmung in der Gesellschaft das Handeln kirchlicher Akteure mehr als umgekehrt.

Vielleicht gilt es für diesen Fall, freilich in einer modifizierten Form, den berühmten Spruch von Bertolt Brecht anzuwenden: Erst kommt die Existenzsicherung, dann kommt die Versöhnung. Solange die Deutschen hofften, ihre Revisionsansprüche könnten erfüllt werden und solange sich die Polen von der deutschen Grenzrevision bedroht fühlten, war keine weitgehende Versöhnung zwischen den beiden Völkern möglich. Vereinzelt Initiativen der Katholiken und Protestanten vermochten es nicht, die Gesellschaft zu einer Veränderung zu bewegen. Selbst zwischen den deutschen und polnischen Bischöfen belastete die Grenzfrage bis zur Ratifizierung des Warschauer Vertrags die Beziehungen. Wider die Erwartung der polnischen Bischöfe war es die Politik, die eine Verbesserung der Kontakte mit ihren westdeutschen Amtsbrüdern bedingte und nicht umgekehrt. Die Politiker lösten die Grenzfrage, bevor die Katholiken untereinander dazu gekommen sind. Die Religion hatte sicherlich ihren Beitrag zur Aufarbeitung des Krieges zwischen den Deutschen und den Polen geleistet, den entscheidenden Rahmen dafür stellte aber – zumindest in diesem Fall – die Politik dar.

Urszula Pękala, Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), Abteilung für Abendländische Religionsgeschichte, Alte Universitätsstraße 19, 55116 Mainz